

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 26. Mai 1906.

10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Bencha-Brandis. Die Steinmehlen und Schroter haben, nachdem eine 8-10prozentige Lohnerhöhung tariflich festgelegt ist, die Arbeit wieder aufgenommen. Circa 200 Pflastersteinmacher stehen noch im Streik. Zuzug ist deshalb noch streng fernzuhalten.

Weglar a. d. Saale. 18 Steinmehlen stehen im Streik.

Solmar i. Elb. Zuzug fernhalten.

Ashaffenburg. Der Wertplatz Deutsche Steinwerke ist gesperrt.

Stelsbach und Umgebung. Zuzug ist streng fernzuhalten. 51 Mann stehen im Mainlandsteinwerk im Streik.

Bruchmühl (Oberhain). Bei der Firma Hösner sind am 6. Mai 44 Kollegen in den Streik getreten. Herr Hösner sucht Steinmehlen und Schleifer in bürgerlichen Blättern. Desgleichen werden vom Steinmehlemeister Herrn Maier in Erding Steinarbeiter gesucht. Die Streikleitung vermutet, daß Herr Maier für die Firma Hösner Arbeit liefert. Also Vorsicht bei Arbeitsangeboten.

Steinau. Bei der Firma Dickerhoff u. Neumann (Bruch Steinau) wurden 10 Mann wegen Verbandsangehörigkeit gestrichelt.

Oberbillingshausen. Hier stehen 25 Kollegen im Streik.

Affenz. Von den 171 in den Streik getretenen Kollegen sind jetzt bloß noch ca. 30 zu unterstützen. Die Situation sieht für uns günstig. Die Unternehmer versuchen alles, um die in den Streik getretenen aber anderweitig untergebrachten Kollegen wieder aus der Arbeit zu drängen.

Dortmund. 58 Kollegen traten vorige Woche in den Ausstand. Abgereist sind davon circa 20 Mann.

Sindelfeld (Odenwald). Sämtliche Filialbetriebe der Firma Kreuzer u. Böhringer sind gesperrt.

Reinheim (Odenwald). 18 Kollegen stehen im Streik. Ein Herr Frohmann wurde, um Streikbrecher anzuwerben, ins Fichtelgebirge entsandt. Auch in Friedensfeld wird versucht, Streikbrecher zu holen, es wird denen ein Verdienst von 5 bis 8 Mk. pro Tag zugesichert.

Sperret sind in Dürkheim: Blas Fickelen, Gmden: Blas Kleffmann, Ruppertsdorf: Granit-Drachtwerke, Werbersdorf: Rogwein: Granitwerk Herzner, Bößeln: Borphyrwerk, Klein-Heubach a. Main: Kaiser-Steinbruch-Aktiengesellschaft, Emmendingen: Bläse Diefenbacher und Raubach, Weimen: Kunststeinfabrik, Ringelbach bei Kappelrodeck: Mühl und Leonhold, Rothenburg o. d. T.: Firma Eckert.

Speyerheim. Der Streik der Pflastersteinarbeiter bei der Firma Süddeutsche Steinindustrie dauert unverändert fort. Zuzug ist fernzuhalten. — Die Firma Leonhold und Mühl hält den abgeschlossenen Tarif nicht. Arbeitsangebote nach dort sind abzuweisen.

Schweiz. Die über die Sandsteinindustrie kürzlich verhängte Landesperre für die Schweiz ist wieder aufgehoben. Die Orte St. Gallen und St. Margrethen bleiben jedoch vorläufig noch weiter gesperrt. Zudem jedoch noch in den meisten Orten der Sandsteinbranche Mangel an Arbeit herrscht, warnen wir unsere ausländischen Kollegen vor Zuzug. — In Basel ist die Marmorwerkstatt Uhlmann gesperrt. — In der Kunststeinfabrik Kapperswil mußte schon wieder die Arbeit niedergelegt werden. Wir bitten hiervon Notiz zu nehmen, da die Firma in Deutschland Steinmehlen sucht.

Süttö (Ungarn). Der Streik in Süttö dauert nun schon drei Wochen, ohne Hoffnung auf baldige Erledigung. Zu den 150 Streikenden in diesem Orte haben sich noch weitere 130 Mann der umliegenden Orte notgedrungen zugesellen müssen. Es kommen somit gegen 300 Mann in Betracht. Wir bitten, den Streikenden durch materielle Mittel behilflich zu sein. Gelder sind an Rob. Kolbe, Zürich, Elisabethstraße 28, zu senden.

Bei unserm Streik ist es nötig, daß die Lebigen bedacht sind, sofort nach Proklamierung des Kampfes den Streikort zu verlassen. Wir ersuchen die Kollegen deshalb allerorts, die aus Streikorten kommenden Verbandsmitglieder bei der Beschaffung von Arbeit und Logis usw. weitmöglichst zu unterstützen. Wir haben mit den Unternehmern momentan gewaltige Kämpfe durchzuführen, und da ist es notwendig, daß unter den Verbandsmitgliedern das Gefühl der Kollegialität und Solidarität besonders stark zum Ausdruck gebracht wird.

Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905.

Die Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion hatten seit dem Abgang des hochverdienten ersten Leiters dieses Instituts, des Herrn Wörishoffer, unstreitig viel von ihrem früheren Werte eingebüßt. Erst langsam machte sich darin eine Besserung geltend, und den nunmehr vorliegenden Jahresbericht für das Jahr 1905 kann man sogar den besten der letztjährigen Gewerbeaufsichtsberichte an die Seite stellen. Die Unternehmer haben da anscheinend an dem jetzigen Leiter der badischen Gewerbeaufsicht ein Erziehungsstück durchgeführt, für das die Arbeiter ihnen nur dankbar sein können.

Um das vorweg zu nehmen, bringt der Bericht wieder eine ganze Reihe von Vorfällen zur Sprache, die kennzeichnend sind für die teils gleichgültige, teils direkt feind-

liche Haltung des Unternehmertums allen Fragen der Sozialreform gegenüber. Da wird ohne weiteres festgestellt, daß den Unternehmern sehr oft heute noch das richtige Verständnis für Stellung und Aufgaben der Fabrikinspektion fehlen, und manche Unternehmer zeigten diesen Mangel mit einer gewissen Absichtlichkeit. In vielen Fällen traten sie dem Beamten schon mit einer gewissen Gereiztheit entgegen. Manchmal sei es in der Erregung auch zu recht unziemlichen Äußerungen gekommen. Tiefgehende Verärgerungen über Auflagen oder über eine Bestrafung gelangten zu drastischem Ausdruck. Eine kräftige Zurückweisung sei allerdings nicht ausgeblieben. Ein Mühlenbesitzer, dem eine nur mit geringen Kosten verknüpfte Einschaltung einer Transmission zur Auflage gemacht worden war, beschwerte sich gegen das Ungerechtfertigte eines solchen Verlangens wie gegen die Vornahme einer Inspizierung seines Betriebs ohne sein Dabeisein und drohte mit der Revision seiner vaterländischen Gesinnung, falls die Auflage nicht zurückgenommen werde. Als er nach wiederholter Fristverlängerung den Mißstand doch nicht abstellte, wurde er schließlich bestraft. In der Filiale einer Baumwollspinnerei und -Weberei des Oberlandes ergab sich, daß der Verwalter streng angewiesen war, den Beamten der Fabrikinspektion in die Fabrik erst einzulassen, nachdem hierzu die Erlaubnis bei der Direktion der Zentrale eingeholt sei. Die Firma wurde natürlich über die Unzulässigkeit ihrer gegen die Fabrikinspektion gerichteten Maßnahmen entsprechend belehrt.

Wiederholt kam es auch vor, daß beim Betreten der Fabrik durch den revidierenden Beamten schnell das Fabriktelefon und eine ganze Reihe von Hilfen zur Benachrichtigung der einzelnen Betriebsabteilungen in Bewegung gesetzt und daß hinter dem Rücken des Beamten schnell auf einen Wink des Unternehmers hin noch ein paar Schutzvorrichtungen aus ihrem Winkel hervorgeholt und angebracht wurden. „Dem Beamten wird Verdrüssliches in den seltensten Fällen entgangen sein; jedenfalls muß ein solches Gebaren in ihm ein gewisses Mißtrauen gegen die Betriebsleitung wachrufen und die Unternehmer erführen in manchen Fällen eine energische Zurückweisung“, heißt es da in dem Bericht.

Mehrere Fälle werden angeführt, die eine geradezu frivole Mißachtung der einfachsten Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter klarlegen. Ebenfalls wird nachgewiesen, daß in einer Reihe von Betrieben jugendliche Arbeiter und Kinder 11, ja 13 Stunden täglich beschäftigt wurden. Hier zeige sich, daß der Unternehmer der sozialen Gesetzgebung kein Verständnis entgegenbringe. Oft genug machten auch jugendliche Arbeiter über die Dauer ihrer Beschäftigung falsche Angaben, entweder eingeschüchtert von dem Unternehmer oder aus Angst darüber, die Gerabsetzung der Arbeitszeit auf 10 oder 9½ Stunden könnte für sie einen Verdienstausschlag zur Folge haben. Ein Unternehmer beschäftigte 3 Italiener im Alter von 15 resp. 13 Jahren 13 Stunden anstatt 10 resp. 6 Stunden täglich. Davon ließ er trotz mehrfacher Auflagen und Strafandrohungen nicht ab, und erst, als die drei Arbeiter infolge kläglicher Bezahlung, völlig unzureichender Beköstigung und schlechter Behandlung die Arbeit verließen und Anzeige erstatteten, wurde gegen den Unternehmer strafrechtlich vorgegangen.

Ein anderer Unternehmer unterließ es, einer die Befreiung mehrerer zum Teil sehr erheblicher Mißstände bezweckenden behördlichen Auflage nachzukommen und erklärte dem Schutzmann, der sich nach Ablauf der gesetzten Frist von der erfolgten Durchführung der Auflagen überzeugen sollte, er halte die geforderten Herstellungen für unnötig und werde der Anordnung keine Folge leisten. Dieselbe Erklärung wiederholte er in wenig freundlicher Form dem Fabrikinspektor, als dieser zur Untersuchung der Angelegenheit eine Nachrevision vornahm und hielt an seiner Weigerung, auch als ihm der Beamte mit der Einstellung des Betriebes drohte, hartnäckig fest. Eine weitere ausreichend bemessene Frist verstrich unbenutzt; auch das inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Strafverfahren brachte den Fabrikanten nicht zu besserer Einsicht. Erst als ihm schriftlich Betriebs Einstellung angekündigt worden, erklärte er sich endlich zur Durchführung der Auflagen in beschleunigtem Tempo bereit. Der Erfolg des energischen Vorgehens war ein nachhaltiger. Bei einer späteren Befichtigung fand der Beamte nicht nur die Auflagen in müstergültiger Weise erfüllt, sondern der Fabrikant hatte eine ganze Reihe anderer Vorkehrungen, von denen er annahm, daß sie von der Fabrikinspektion einmal gefordert werden könnten, freiwillig getroffen.

Diese zahlreichen Fälle, von denen wir nur einige besonders charakteristische angeführt haben, zeigen unstres Grundens zur Genüge, wie arbeiterschutzfeindlich im Grunde genommen das deutsche Unternehmertum ist. Und wenn der berichterstattende Beamte, der diese Fälle nur als Ausnahmen bezeichnet, feststellt, daß die Inspizierung zum meist verständigen und bereitwilligen Entgegenkommen fand, so kann das doch nur relativ aufgefaßt werden, beweist das doch wohl nur, wie genüßig die Beamten sind. Um wie viel ungünstiger mögen die Verhältnisse vor Jahren doch gelegen haben, wenn der Beamte trotz

so vieler Mißachtung sozialpolitischer Anforderungen noch von verständigem und bereitwilligem Entgegenkommen der Unternehmer reden kann.

Für die Arbeiterschutzfeindschaft des Unternehmertums bezeichnend ist auch, daß in nicht weniger als 237 Betrieben 694 Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, daß in 105 Betrieben 544 Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen festgestellt wurden, und daß nicht weniger als 67 resp. 29 Unternehmer dieserhalb bestraft werden mußten. Ja, es hat sich was mit dem Sozialreformier des Unternehmertums!

Ueber das Verhalten der Arbeiter drückt sich der berichterstattende Beamte durchaus befriedigend aus. „Bei der Erörterung mannigfacher und schwerwiegender Fragen gab sich ein gesundes Urteil, Billigkeit, Ernst und sittliche Reife bei den Arbeitern oft in überraschender Weise kund. Ueber alles Lob erhaben war die Ruhe, Sachlichkeit und Sachkenntnis eines Arbeiterausschusses, der in einem großen Arbeiterausstand zu Mannheim, bei welchem die Fabrikinspektion vermittelte, die Arbeiterschaft in sehr schwierigen und klippenreichen Verhandlungen vertrat. Bei einem Ausstand zu Wiesloch, in welchem die Fabrikinspektion ebenfalls vermittelte, ließen sich die Führer der Organisation nur un schwer von nichterfüllbaren Forderungen abbringen und zur Annahme eines lokalen Vertrags bestimmen.“ Die Gewerkschaften werden sich dieses amtlichen Zeugnisses erinnern, wenn ihre Tätigkeit von der Unternehmerpresse wieder herabzumwürdigen versucht wird.

Die organisatorische Tätigkeit der Arbeiterschaft wird auch an anderer Stelle des Berichts hervorgehoben. Bei Arbeitseinstellungen mache sich ein größerer Zusammenhalt und eine innigere Geschlossenheit unter der Arbeiterschaft bemerkbar, die Forderungen würden auch präziser gestellt und es werde den Unternehmern immer schwieriger gemacht, Ersatz für Streikende zu gewinnen. Diese Erscheinung sei darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Organisierten insbesondere unter den höher qualifizierten Arbeitern stark zunehme, und daß bei diesen Arbeitern die Disziplinlosigkeit des Streikbruchs so gut wie ausgeschlossen sei. Ausgesprochen müsse auch werden, daß die Macht der Organisation in den Betrieben vielfach eine derartige sei, daß Arbeiter, auch wenn sie einer Organisation nicht angehörten, sich scheuen müßten, in Streikfällen als Arbeitswillige aufzutreten, weil sie mit Bestimmtheit voraussehen könnten, daß ihres Bleibens nicht mehr sei, sobald die Differenzen beigelegt seien. Unumwunden werden die großen wirtschaftlichen Erfolge der Gewerkschaften im letzten Jahre anerkannt. Ein auffallender Unterschied mache sich vielfach bemerkbar in der Lohnhöhe für die „gelernten“ und „ungelernten“ Arbeiter, auch wenn ein innerer Grund hierfür nicht bestehe. Das sei darauf zurückzuführen, daß die ungelerten Arbeiter, die Hilfsarbeiter, beim Abschluß des Vertrags sich meist nicht betätigen (weil sie meist nicht organisiert sind) und nicht zu Worte kommen, und daß sie sich im allgemeinen gerne mit dem begnügen, was für sie bei der gemeinsamen Verbesserung der Lohnbedingungen abfällt. — Also, organisiert euch, könnte man nach dieser allgemein richtigen Feststellung den ungelerten Arbeitern zurufen, betätigt euch in der Organisation, damit ihr euch nicht mehr mit dem begnügen müßt, was übrig bleibt!

Schluß folgt.

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit!

Von Friedrich Engels.*

Das ist nun während der letzten fünfzig Jahre der Wahlspruch der englischen Arbeiterbewegung gewesen. Er hat gute Dienste getan damals, als nach der Abschaffung der schändlichen Gesetze gegen das Koalitionsrecht die Trades Unions (Gewerkschaften) sich entwickelten. Noch bessere Dienste erwies er in den Zeiten der ruhmreichen Chartistenbewegung, als die englischen Arbeiter an der Spitze der arbeitenden Klasse Europas marschierten. Aber die Zeiten gehen vorwärts. Und viele Dinge, die vor fünfzig, ja vor dreißig Jahren wünschenswert und nützlich waren, sind nun verändert und unbrauchbar geworden. Gehört der alte, ehrwürdige Schlachtruf auch zu diesen Dingen?

Gerechten Lohn für gerechte Arbeit? Aber was ist denn ein gerechter Lohn, und was ist gerechte Arbeit? Wie werden sie bedingt durch die Gesetze, nach denen die Gesellschaft sich entwickelt? Um eine Antwort darauf zu

* Diesen Artikel schrieb Engels für das englische Arbeiterblatt The Labour Standard, das von 1888 an vier Jahre lang in London erschien. Dadurch, daß Engels den Artikel nicht unterzeichnete, blieben sie bisher unbekannt. Erst der niederländische Genosse J. K. v. d. Meer wurde von N. Banner Woolwich, der in einem Freundschaftsverhältnis zu Marx und Engels stand, auf Engels Mitarbeiterchaft am genannten Blatte aufmerksam gemacht. Im Britischen Museum fand er diese Zeitung vor und veröffentlichte in Het Volk eine Uebersetzung des vorliegenden Artikels. Wahrscheinlich rührt noch eine Anzahl anderer Artikel des Labour Standard von Engels her, doch müßte hier seine Autorität erst festgestellt werden.

erhalten, dürfen wir uns nicht berufen auf die Wissenschaft der Moral oder auf die Gerechtigkeit, noch auf irgendein sentimentales Gefühl von Menschlichkeit, Billigkeit oder selbst Wohlthätigkeit. Was moralisch oder selbst nach dem Gesetz gerecht ist, ist deshalb noch lange nicht gesellschaftlich gerecht. Was gesellschaftlich gerecht oder ungerecht ist, das wird nur durch eine Wissenschaft festgestellt, nämlich durch die Wissenschaft, die Bezug nimmt auf die materiellen Tatsachen der Produktion, durch die Wissenschaft der Volkswirtschaft.

Was ist nun nach der Volkswirtschaft ein gerechter Tagelohn und ein gerechtes Tagewerk? Einfach die Lohnhöhe und die Dauer und Intensität der Arbeit eines Tages, die durch die Konkurrenz des Arbeitgebers mit dem Arbeiter auf dem freien Markte bedingt wird. Und was ist es, was auf diese Art festgestellt wird?

Ein gerechter Tagelohn ist unter normalen Umständen die Summe, die der Arbeiter nötig hat, um sich, gemäß der Lebenshaltung seiner Umgebung und seines Landes, die Mittel zu verschaffen, die ihn in stand setzen, weiter zu arbeiten und sein Geschlecht fortzupflanzen. Der wirkliche Lohn kann durch die Schwankungen der Industrie dann und wann über oder unter diesem Durchschnitt stehen.

Ein gerechtes Tagewerk ist die Dauer und die Mühe wirklicher Arbeit, die täglich die volle Arbeitskraft des Arbeiters verbrauchen, ohne ihn unfähig zu machen, morgen dasselbe Arbeitsquantum zu leisten.

Dieser sich stets wiederholende Kreislauf kann folgendermaßen beschrieben werden: der Arbeiter gibt dem Kapitalisten seine volle tägliche Arbeitskraft, das ist soviel, als er geben kann, um imstande zu bleiben, dies fortwährend zu tun. Dafür empfängt er von jenem soviel und nichts mehr an Lebensmitteln, als nötig ist, um dasselbe Werk jeden Tag wiederholen zu können. Eine sonderbare Gerechtigkeit!

Aber laßt uns die Sache tiefer ansehen. Weil nach den Lehren der Defonomie Lohn und Arbeit durch die Konkurrenz bedingt werden, scheint es die Gerechtigkeit zu verlangen, daß beide Parteien unter den gleichen Bedingungen und in derselben Lage sind, wenn sie den Arbeitsvertrag eingehen. Aber das ist nicht der Fall. Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er warten und von seinem Kapital zehren. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn, wovon er leben kann und er muß deshalb Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen annehmen. Der Hunger treibt ihn mit furchtbarer Gewalt. Und dennoch behaupten die Defonomen der bürgerlichen Klassen, daß dies der Gipfel der Gerechtigkeit sei.

Das ist aber noch eine Kleinigkeit. Die Anwendung von mechanischer Kraft und von Maschinen in neuen Betrieben und die Ausbreitung und Verbesserung von Maschinen in alten Betrieben machen anhaltend Leute arbeitslos. Und dies in viel schnellerem Maße, als die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Industrie genommen werden können. Diese überflüssigen Arbeitskräfte stellen dem Kapital eine industrielle Reservearmee. Wenn die Marktkonjunktur schlecht ist, können die Arbeiter hungern, betteln, stehlen oder gar ins Arbeitshaus gehen. Ist die Konjunktur günstig, so darf er arbeiten, um die Produktion zu erweitern. Und so lange, bis der letzte Mann, die letzte Frau und das letzte Kind der Reservearmee Arbeit gefunden haben — was allein schon wieder Zeiten toller Ueberproduktion voraussetzt — drückt die Konkurrenz die Löhne herunter, während durch das Bestehen der Reservearmee die Macht des Kapitals im Kampfe mit der Arbeit verhärtet wird. In dem Wettrennen mit dem Kapital wird der Arbeiter nicht allein durch den Hunger getrieben, er hat außerdem eine ihm ans Bein geschmiedete Kanonenkugel mitzuschleppen. Und das heißt nach der kapitalistischen Defonomie Gerechtigkeit.

Laßt uns nun untersuchen, wovon das Kapital diese „gerechten“ Löhne bezahlt. Vom Kapital natürlich. Aber Kapital bringt keine Werte hervor. Die Arbeit ist, abgesehen von der Erde, die einzige Quelle des Reichtums. Kapital ist nichts als aufgehäufter Arbeitsfrucht. Hieraus folgt, daß die Löhne der Arbeiter aus der Arbeit bezahlt werden; der Arbeiter wird mit seinen eigenen Arbeitsfrüchten belohnt. Nach der üblichen Auffassung der Gerechtigkeit müßte der Lohn des Arbeiters aus den gesamten Früchten seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der Nationalökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, die Arbeitsfrüchte des Arbeiters werden vom Kapitalisten in Beschlag genommen, und der Arbeiter erhält davon nicht mehr, als die nötigsten Lebensmittel. Und das Ende dieses außerordentlich „gerechten“ Konkurrenzkampfes ist, daß die Arbeitserträge derer, die arbeiten, aufgehäuft werden in den Händen derer, die nicht arbeiten, und in ihren Händen das mächtigste Mittel werden, um alle, die den also aufgehäuften Reichtum hervorbrachten, in Sklaverei zu fetten. Gerechten Lohn für gerechte Arbeit!

Aus dem Vorhergehenden geht sonnenklar hervor, daß der alte Wahlpruch seinerzeit seinen Zweck gehabt hat und nun keinen Dienst mehr tun kann. Mögen also die Arbeiter den alten Schlachtruf begraben und durch einen besseren ersetzen:

Uebergang der Arbeitsmittel: Rohstoffe, Fabriken und Maschinen in die Hände des arbeitenden Volkes!

Wenn die Unternehmer siegen!

Der Ohlsdorfer Streik, der mit viel Zuberficht angefangen wurde, ist leider für uns verloren gegangen. Aus den kleinen Städten der Mark Brandenburg, Pommern, Mecklenburg ufm. hatten sich nachgerade soviel Arbeitswillige eingefunden, daß es Selbstmord gewesen wäre, den Streik noch fortzusetzen. Die Unternehmer benutzten als Werbetroffel unsere Statistiken, wonach Ohlsdorf den höchsten Jahresverdienst hat. Im Steinbildhauer wurden Steinmetzen bei 2500 Mk. Jahresverdienst gesucht. Dies Geld ist vereinzelt hier tatsächlich verdient worden, aber nur von Spezialisten, von Schriftführern, die jahrzehntelang nichts anderes gemacht haben und zum Teil noch von solchen, die dem Verband nicht angehören, und darum als des Meisters Lieblinge die besten Arbeiten, lange Verse, kleine Schrift, zugeschoben bekommen. Der Buchstabe in Granit wird hier mit 17 Pfg. bezahlt und wird saubere Schrift verlangt, da kann ein Kenner der Sache sich un-

gefähr einen Begriff machen, was dazu gehört, um einen solchen Verdienst zu erzielen. Von einigen Wochen vor Ostern bis nach Pfingsten nimmt der Tag denn auch kein Ende, da werden die halben Nächte und Sonntage mitgenommen. Unsere Gauleitung hatte dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß wir gewillt sind, den Streik aufzugeben und angefragt, ob man mit uns Verhandlungen aufnehmen wollte, in denen die Sache zum Abschluß gebracht werden sollte. In dem Antwortschreiben wurde nur der Empfang unseres Schreibens bestätigt und bedauert, daß wir den Streik nicht schon früher aufgegeben hätten. Darauf hatten wir es natürlich nicht so eilig, den Meistern unsere Unterschrift auf ihren Tarif auszubringen. Der Streik wurde von uns für aufgehoben erklärt und die Streikenden fragten auf ihren vor dem Streik innegehabten Stellen wieder um Arbeit zu, jedoch wurde keiner derselben dort wieder eingestellt, 6 Kollegen waren noch unterzubringen, 4 bekamen in Ohlsdorf Arbeit, 2 bei Gebrüder Vorchardt, 1 bei Schöneberg, 1 bei Lukemann, letztere Firma hatte unsere Forderungen von Anfang an bewilligt, und 2 Kollegen in Homburg bei Schünemann Arbeit. Da bekommt Herr Schünemann ein Schreiben vom Steinmetzmeisterverband in Ohlsdorf, worin ihm mitgeteilt wurde, daß die Streiklisten (schwarze Listen) noch nicht zurückgezogen werden könnten, weil die Sache noch nicht geregelt sei, also eine indirekte Aufforderung, die beiden Streikenden wieder zu entlassen. Darauf wurden wir beim Vorsitzenden des Meisterverbandes vorstellig und erklärten uns bereit, den Tarif, wie er von den Meistern uns zugestellt worden, zu unterschreiben; in demselben wird der Stundenlohn von 67 auf 75 Pfg. erhöht, sodann findet eine Erhöhung des Akkordtarifs um 6 Prozent statt, der Tarif läuft am 30. November 1908 ab und läuft, wenn er von feiner Partei gefündigt wird, immer ein Jahr weiter. Am Abend desselben Tages hatten die Meister wieder Versammlung und wurde beschlossen, daß kein Streikender innerhalb eines Jahres in Ohlsdorf wieder eingestellt werden darf. (Den Streikenden sollte wohl die Lust zum Streiken für alle Zeiten genommen werden.) Den andern Morgen wurden denn auch die beiden Kollegen bei Gebr. Vorchardt wieder entlassen. Unsere letzte Versammlung beschloß nun, über die Firma Gebr. Vorchardt, früheres Verbandsmitglied, die Sperre zu verhängen und dieselbe im Hamburger Echo bekannt zu machen. Darauf bekamen wir folgendes Schreiben zugesandt:

An den Zentralverband der Steinarbeiter Hamburg I
a. S. des Herrn Aug. Heinrich, Sachsenstr. 94, I.

Der Verband der Arbeitgeber im Steinmetzgewerbe von Ohlsdorf teilt Ihnen höflich mit, daß, wenn die von Ihrer Seite über die Firma Gebr. Vorchardt verhängte Sperre nicht sofort aufgehoben wird, bei Ihnen organisierte Steinmetzen von sämtlichen dem Verbandsangehörigen Firmen überhaupt nicht wieder beschäftigt werden. (?)

Hochachtungsvoll

Friedrich Güner.

Wir wünschen den Herren viel Glück mit ihren Unorganisierten. Herr Güner hat uns persönlich erklärt, daß er tüchtige Leute gehabt hat und daß seine jetzigen denen nicht das Wasser reichen können, das ist gewiß sehr schmeichelhaft für die sogenannten Arbeitswilligen. Die Ohlsdorfer Steinmetzmeister können uns mit ihren Beschlüssen vor wie die christlichen Märtyrer, die sich selbst zu Tode prügelten. Ob sie wohl glauben, daß sie den Beschluß immer werden aufrecht erhalten können?

Die Steinmetzen werden schon acht geben, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Das dürfte auch den kleinen und noch kleineren Meistern, die jetzt in Ohlsdorf den Schleifstein drehen, bekannt sein. Vielleicht wird das Drehen auch nur hinter den Kulissen gemacht und die „Meister“ stehen nachher da wie der bekannte Rohgerber.

Vor kurzem hatten die Herren Meister ihren treuen Arbeitswilligen ein Festessen gegeben, da ist es hoch hergegangen. Es gab — Pellkartoffeln und Hering. (Dies soll von Zeit zu Zeit wiederholt werden, damit das gute Einbernehmen zwischen Meister und Gesellen gefördert wird.) Zu dem Essen waren von den „Meistern“ die ehemaligen Handwerksburschen unter ihnen delegiert. Die Herren nahmen wohl an, daß denen das Gericht noch von den Verpflegungstationen her bekannt sei.

Zum Streik in Oberbillingshausen.

Einige Wegstunden von Göttingen, im Rodetal, liegen die Steinbrüche der Bauunternehmer Gebr. Suthoff und Fr. Wenig. Dem Auge des Beschauers bietet sich herrliches Steinmaterial — roter Sandstein. Die Brüche sind profitabel gelegen und scheinen unerschöpflich in der Steingewinnung, den Besitzern resp. Unternehmern seit Jahrzehnten nette Einnahmen einbringend auf Kosten der Arbeitskraft der in diesen Brüchen beschäftigten Steinarbeiter. In diesem abgelegenen Ausbeutungsbühl streiken seit 3 Wochen die Steinmetzen, Brecher und Vossierer um einen Stundenlohn von — 34 Pfg., um einen Tagelohn bei neunstündiger Arbeitszeit von sage und schreibe — 3.06 Mk., für Junggesellen (nach beendeter dreijähriger Lehrzeit) wird ein Stundenlohn von 27 Pfg. verlangt. Bisher wurde bezahlt für ältere Steinmetzen ufm. pro Stunde 24—26 Pfg., für Ausgelernte pro Stunde 15 bis 16 Pfg. Bei diesen Löhnen ist jeder Kommentar überflüssig. Jeder vernünftige Mensch wird die geforderten Löhne, den heutigen Lebensverhältnissen angepaßt, noch als viel zu bescheiden bezeichnen. Nur die Unternehmer dort sind anderer Meinung, ja sie bezeichnen die Forderung als unsinnig und gebärdeten sich, als wenn bei diesen das Geschäft zugrunde ging. Die erhöhten Löhne könnten sie nicht bei Werkstücken resp. Rohsteinen den Abnehmern in Anrechnung bringen ufm. Etwas von dem gesammelten Profit, dem eingestekten Mehrwert der geleisteten Arbeit herauszugeben, fällt ihnen nicht ein. Auf die Unternehmer soll es abgewälzt werden und der eigene Geldbeutel schließlich noch ein Schnittchen dabei machen. Mögen die Arbeiter zugrunde gehen, wenn nur der Profit nicht geschmälert wird. — Der geforderte Lohn für die Ausgelernten hat besonders den Born dieser „Brotherren“ herausgefordert. Es sei ein Umding, wenn so ein junger Mensch nach beendeter Lehrzeit 27 Pfg. pro Stunde bekomme, wo er Tags zuvor noch 1 Mk. pro Tag erhalten, ferner könnten diese jungen Leute nichts. Wie sehr diese Herren sich damit selbst blamieren, wird nicht begriffen. Drei Jahre haben sie den Verdienst der Lehrlinge einge-

steckt, sich um die Ausbildung nur soweit gekümmert, wie es das Interesse der Unternehmer erfordert. Könnten diese Kollegen ihre Beine nicht unter der Eltern Tisch setzen, sie müßten tatsächlich langsam verhungern. — Ueber solche rückständige, verbrecherische Unternehmerrwirtschaft kann man nur ein mitleidiges Achselzucken übrig haben und dabei den innigsten Wunsch hegen, daß die Arbeiter mit diesem Raubbau ganz gründlich aufräumen möchten. Solche Unternehmer gehören an den Pranger gestellt. Ob sich hier auch gewisse Elemente finden, die behaupten, die Arbeiter seien aufgehekt? — Auch die Bundesratsverordnung wird dort auf besondere Art ausgelegt, alle Beschwerden bei der zuständigen Behörde haben bis jetzt nichts genügt, die neunstündige Arbeitszeit wird dadurch umgangen, daß die Steinmetzen $\frac{3}{4}$ Tag als solche arbeiten und die übrigen Stunden zu anderer Arbeit verwendet werden. Leider steht den Kollegen dort keine Presse zur Verfügung. Die bürgerlichen „unparteiischen Zeitungen“ nehmen nichts auf. Aber Remedur wird hier geschaffen, das können wir den Unternehmern verraten. Andere Löhne und bessere Beachtung der gesetzlichen Vorschriften.

Zum Streik in Potsdam.

Der von den hiesigen Kollegen seit dem 2. April geführte Streik hat am Sonnabend, den 12. Mai, sein Ende gefunden. Haben wir auch nicht das erreicht, was wir wünschten, so ist doch endlich der Grundstein zu einem Tarife gelegt worden. Mehrere Geschäfte weigern sich zwar noch, denselben zu unterschreiben, aber durch die übergroße Zahl der Streikbrecher sind wir gezwungen, von einer längeren Dauer des Streiks vorläufig Abstand zu nehmen. Erreicht wurde ein Stundenlohn von 65 und 70 Pfg. und Annahme des alten Berliner Akkordtarifes unter Aenderung einiger Positionen. Die unsauberen Elemente, die sich als Arbeitswillige den Unternehmern zur Verfügung stellten und dadurch unsern Erfolg erheblich gefürt haben, werden hoffentlich bald einsehen lernen, weshalb schnöden Verrat sie an ihren Berufskollegen verübt haben. Um das Interesse der Allgemeinheit zu wahren, erlauben wir uns, dieselben hiermit bekannt zu geben: A. Briining aus Delitzsch, G. Hausdorfer aus Neustadt b. Koburg, Gebr. Nowerkowsky aus Dykernfurt, Kreis Wohlau, R. Ramacher aus Bornstädt bei Potsdam, A. Alter aus Potsdam, F. Pfühner, R. Jehr aus Lichterfelde-West, Bukow aus Rixdorf b. Berlin.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifes bleiben folgende Werkplätze bis auf weiteres gesperrt: Paul Zlter, Leipziger Straße, Riese, Sarmunder Straße, Moldenhauer, Alte Luisenstraße, Kermann, Bornstädt bei Potsdam. Die reisenden Kollegen werden ersucht, diese Plätze unbedingt zu meiden.

Tarifwesen und Streiktaktik.

Referat des Kollegen Staubinger auf dem Verbandstage zu Nürnberg.

I.

Wiederum steht auf der Tagesordnung des Verbandstages das Thema Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen und als noch nicht behandelte Punkte, Tarifwesen. Ueber die Taktik bei Streiks wurde ja auf allen Kongressen bei uns gesprochen, aber es kann dieses Thema nicht eingehend genug behandelt werden. Es ist nicht richtig, wenn behauptet werden sollte, ach, dieser Punkt erscheint immer als alter Lebenhüter, es sei das ja kein aktuelles Thema mehr. Die zu führenden Streiks sind Massenkämpfe schärfster Art; und mit der Ausbreitung unserer, sowie der Stärkung der Unternehmerorganisation, ändert sich sehr häufig die Taktik bei solchen Kämpfen. Wir haben also alle Ursache, zu prüfen, ob die bisher eingeschlagene Streiktaktik die richtige war, und wie wir andernfalls dieselbe in Zukunft gestalten sollten.

Die Ausgabe für Streiks macht alljährlich in der Hauptkasse eine beträchtliche Summe aus, und durch das Konto „Streikunterstützung“ wurde unsere Kasse schon mehr als einmal bis auf den Boden geleert. Diese Tatsache ist nicht nur für unseren Finanzminister unangenehm, ein Kassierer ohne Geld ist kein richtiger Kassierer, auch die Gesamtheit der Mitglieder ist sehr wenig erbauet, wenn das Verbandsvermögen wie Schnee in der Sonne geschmolzen ist. Ausgegeben wurde für Streikunterstützung im Jahre

1897:	26 324,41 Mk.	1902:	31 224,72 Mk.
1898:	69 065,70 "	1903:	2) 522,62 "
1899:	142 496,85 "	1904:	42 997,10 "
1900:	42 559,98 "	1905:	105 493,98 "
1901:	64 229,19 "		

Ich will aber zuerst über das Tarifwesen reden, weil dieses Gebiet mit der Taktik bei Streiks ja im organischen Zusammenhange steht.

Trotzdem in der Steinindustrie schon seit langem Tarife bestehen, haben wir dieser Frage bisher leider sehr wenig Beachtung geschenkt. Selbstredend haben wir überall die Tagelohnsfrage in den Forderungen zu stellen, es glückt uns aber nur selten, vom völlig wilden Akkord, das Tagelohnsystem eringen zu können. Letztere Entlohnungsmethode kommt bei uns zunächst in Werkstätten in Frage, wo verschiedene Materialien verarbeitet werden und bei Renovierungsarbeiten. Wenn bei uns der Punkt „Tariffrage“ mit zur Beratung steht, so deshalb, weil unsere Tarife in ihrer Mehrzahl bisher an Einheitlichkeit in der technischen Ausgestaltung sehr viel zu wünschen übrig lassen. In der Granitindustrie insbesondere besteht noch die Kubikmeterberechnung, wo der Willkürlichkeit der Unternehmer Tür und Tor geöffnet ist. Ja, man hat sogar Tarife eingereicht, wo unsere Kollegen in Unkenntnis des Tarifwesens überhaupt die Kubikmeterberechnung aufstellten. Was in einem solchen Tarife in 100 Positionen fixiert wird, kann durch Flächen und Gliederberechnung in 10 Positionen ausgedrückt werden. Es sei mir gestattet, dem eigentlichen Thema etliche theoretische Ausführungen voranzuschreiben. Die Buchdrucker wurden noch vor 10 Jahren wegen ihrer Stellung zur Tarifgemeinschaft stark angefeindet. Ueber die vielleicht zu lange Fristdauer der Tarifgemeinschaft bei genannter Organisation mit den Prinzipalen haben wir uns nicht zu unterhalten. Es gibt noch Gewerkschaftler, sie sind allerdings dünn gesät, die denken, der einmal abgeschlossene Tarif sei mit einer breiten, gut wandelbaren Heeresstraße zu vergleichen, wo es ohne weitere Komplikationen mit den Unternehmern abgeht. In einem Leipziger „Chemographen“-Flugblatt vom Jahre 1904 heißt es zum Beispiel: „Wir bilden keine Kampforganisation mehr, sondern bewahren die Interessen beider Organisationen.“ Also es herrscht brüderliche Einigkeit mit den Unternehmern. Die in dieser Branche Beschäftigten vertreten somit auch die Interessen der Unternehmer, die Interessen des Kapitalismus. Eigenartig ist auch die Ansicht des Genossen Janßen, jetzt Redakteur am Korrespondenzblatt. Dieser führte auf dem Verbandstage der Gärtner 1905 laut Protokoll aus: „Die Tariffrage ist bei uns wesentlich gelöst. Wenn wir sie dann noch einmal behandeln, so wird es eine reine Streikorganisation sein.“

So sprechen auch die Christlichen und Hirsch-Dunderschen. Es sei aber vorweg bemerkt, um Mißverständnissen vorzubeugen,

Das das Korrespondenzblatt prinzipiell eine ganz andere Stellung über den Wert der Tarifverträge einnimmt.

Wie urteilen nun die Unternehmer oder deren Vertretungen über den Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen? Im Handelstammerbericht für Saarbrücken vom Jahre 1906 heißt es: „Die Arbeitsverträge seien aus schärfste zu beurteilen wegen ihrer gleichmacherischen Tendenz (?), die im Widerspruch zu der natürlichen Verschiedenheit menschlicher Leistung steht.“

Der Zentralverband der deutschen Industriellen sprach sich in einer Resolution 1905 noch bedeutend schärfer gegen die Tarifabschlüsse aus. Dieser Verband meint: „Durch Tarifabschlüsse geraten die Unternehmer unter die Herrschaft der — Arbeitsorganisation.“ Dieser Verband sähe allerdings am liebsten, die Industriearbeiter seien unter die Fuchtel der vorfinstlichen preussischen Gesindeordnung zu stellen.

Aber noch ein eigenartiges Urteil gestatte ich mir vorzutragen. Ein Unternehmer-Anonymus schrieb in einer Volkswirtschaftlichen Korrespondenz über Tarifabschlüsse von einem „schmähschen Frieden“, „erorbitanter Höhe des Lohnes“, „Unterwerfung unter die Diktatur des Proletariats“, „selbstgeschwundenen Fesseln“, „taubtönendem Joch der Arbeiterwillkür“, „Zufriedenheit unter der sozialdemokratischen Fuchtel“. Solche schamlose Ausführungen richten sich von selbst, von den Soldaten des Kapitalismus ist eine andere Anschauung kaum zu erwarten.

Nun wollen wir die Stellungnahme unserer Herren Unternehmer zu den Tarifverträgen kurz betrachten. Werfen wir einen Blick in das Statut des Steinmetzmeisterverbandes, um die Ansicht derjenigen zu ergründen, die diesem Verband angehören.

Es heißt im § 3 ihres Statuts: „Errichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern; § 4. Regelung der Löhne in den Bezirken und den örtlichen Verhältnissen entsprechend auf Antrag der in dem Bezirk wohnenden Verbandsmitglieder“ (Unternehmer).

Die Bildung von Schiedsgerichten lehnen die organisierten — Unternehmer in der Regel ab, und wenn die Steinarbeiter warten sollen, bis in den einzelnen Bezirken die Unternehmer die Löhne gemeinschaftlich hinaufschrauben, dann haben wir uns bis auf den Sanft Nimmerleinstag zu gedulden. Die Satzungen der Unternehmer lassen für den Uebergewicht den Schluß zu, als ob dieselben die beste soziale Friedensspeife rauchen würden. Das dem nicht so ist, beweisen unsere mächtigen Kämpfe und die geradezu kulturwidrige soziale Rückständigkeit unserer Unternehmer. Ohne jegliche Ueberhebung kann gesagt werden, daß wir eine unberührte Kampforganisation geblieben sind. Wir werden beinahe noch mehr als andere Gewerkschaften in die Wägen des Kampfes hineingebracht. Unserer Bewegung schaden solche Eruptionen nichts. Seit Jahren kennen wir nichts als lauter Konfliktaffären, in Zukunft wird es kaum anders werden.

Die Geschichte der Tarifverträge ist zugleich eine Geschichte der Tarifrisse. Tarifwürzungen sind bei uns eine tägliche Erscheinung, systematisch wurden unseren Kollegen die Löhne trotz tariflicher Festlegung gekürzt. Wegen eines solchen Gebahren haben wir in Zukunft mit aller Schärfe Front zu machen.

Nur das Zeugnis eines ehemaligen Angestellten einer Unternehmerorganisation will ich mir erlauben zu zitieren. Schmelzle sagt in seinem Buche über Tarifgemeinschaften hierzu folgendes:

„Es soll keineswegs beschönigt werden, daß die Arbeitgeber sich recht scharfe Verstöße, ja sogar Tarifvertragsbrüche haben zuschulden kommen lassen — die Gewerkschaften haben das einwandfrei nachgewiesen.“

Wir, Kollegen, ist kein Fall bekannt, wo dasselbe von uns gesagt werden könnte.

Im Korrespondenzblatt Nr. 29, Jahrgang 1905 heißt es: „Tarife sind nichts anderes, als der Ausdruck eines Gleichgewichts der Kräfte, das für den Moment oder für längere oder längere Zeit die Bedingungen des Zusammenwirkens regelt.“

Dieses Zusammenwirken kann und wird niemals friedlicher Natur sein. Die Erfahrung beweist das zu genüge. Wir kommen nur durch Klassenkämpfe zu Tarifverträgen, und dort wo es ohne Kampf gelingt, solche Verträge mit den Unternehmern abzuschließen, dort sind eben die erzieherischen Nachwirkungen unserer großen wirtschaftlichen Kämpfe doch nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Ich erinnere an die Abschlüsse im vorigen Jahre im Odenwald und einigen Bezirken der bayerischen Pfalz. Die odenwälder Meister sind durch den 17wöchigen Kampf im Schwarzwald, wo sie auch Betrieb besaßen, nicht am glimpflichsten weggekommen. Lange wird diese Friedensschalmei wohl aber kaum ertönen, dafür sorgt der Steinmetzmeisterverband. Wenn die Fanni Imle die Tarifverträge als „Friedensdokumente“ lobt, so hat sie nur die Gefolgschaft der Girsch-Dunderfischen, der Christlichen sowie die ohne Anhang dastehenden bürgerlichen Sozialpolitiker. Die Industriellen, und das ist besonders marant, sowie auch die große Mehrzahl der freien Gewerkschaftler denken darüber ganz anders. Kein Tarif scheidet den Klassenkampf aus. Die sogenannten Christlichen haben darüber allerdings eine andere Meinung. Es ist täppisch, den Harmoniestandpunkt heutzutage noch zu realisieren, der Standpunkt des Klassenkampfes ist den Arbeitern in schärfster Form in Fleisch und Blut übergegangen.

Wir schließen mit den Unternehmern Tarife ab, brauchen uns aber nicht dem Wahne hinzugeben, die soziale Gerechtigkeit, nach welcher die Arbeiterschaft für ihre wirklich geleistete Arbeit entlohnt werden soll, sei jetzt erreicht.

Betrachten wir nun die Vorteile, die zweifellos ein Tarifvertrag mit sich bringt, vorausgesetzt, daß die Arbeiterschaft mächtig genug ist, das Abgeschlossene auch aufrecht erhalten zu können. Es ist dann nicht nötig, bei jedem Werkstück sich mit dem Unternehmer um den Preis hierfür noch lange herumzubalgen, wie es hauptsächlich das wilde Affordsystem mit sich bringt. Die Kollegen wissen beim Eintritt, wie hoch die Grundpreise für die Positionen stehen. Im allgemeinen aber kommt die individuelle Lichthigkeit beim Verdienst in Frage. Das Tagelohnsystem dagegen würde dem schwächeren Arbeiter immerhin einen stabileren Verdienst sichern. Allerdings haben wir auch dort die Erfahrung, daß man nach Abolvierung einer kurzen Probezeit, die nicht so leistungsfähigen Arbeiter entläßt. Nicht zu unterschätzen ist ferner die Tatsache, daß durch Tarifabschlüsse auch die Arbeitszeitfrage gelöst wird. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist bei uns besonders in den Vordergrund bei Lohnbewegungen zu stellen. Besonders brutal veranlagte Unternehmer müssen sich notgedrungen in unseren Zahlstellen, wo wir Tarife besitzen, diesen Abmachungen so leichtfüßig fügen, immerhin ein kleiner Vorteil. In unserem Verufe wurde der 1. Tarif 1870 in Berlin eingeführt, 1873 folgte Hamburg und 1884 Bwidau. Neben den Buchdruckern haben wir wohl die ältesten Tarife.

Große Fortschritte haben auch die Steinseher aufzuweisen, diese haben 70 Tarife mit 6—700 Orten im Geltungsbereich. Genosse Knoll hat die Tariffrage in einer Denkschrift eingehend behandelt. Diese Schrift ist sehr lesenswert.

Beim Tarifabschluß kommen drei wichtige Grundbedingungen in Frage.

1. Die Transitorischen. Solche betreffen die Wieder- aufnahme der Arbeit, insofern ein Streik vorliegt, sowie die Aufhebung von Sperren und Woylott; andererseits die Sittierung der Aussperrung, den Widerruf schwarzer Listen, die Wiedereinstellung, die Rücknahme von Kündigungen, ebenso die Unterlassung von Maßregelungen.

In unseren Tarifen ist meistens darin nichts enthalten, und das kommt daher, weil unsere Kollegen sehr oft nicht mit der nötigen Routine, wie sie dem Unternehmer zu eigen ist, ausgerüstet sind. Bisher fehlten die allgemeinen Grundzüge und Erläuterungen innerhalb des Verbandes, auf die sich

die Kollegen stützen konnten; meine Resolution will den beschiedenen Versuch machen, hier Remedur zu schaffen.

2. Den Tarifbeitrag selbst betreffende Bestimmungen.

Zum Beispiel wenn der Tarif in Kraft tritt, wenn er endet, weiter kommt die Kündigungsfrist in Frage, desgleichen ist festzusetzen, wer die vorkommenden Tarifstreitigkeiten regelt (Schiedskommission, oder Tarifausschuß). Ebenfalls ist der räumliche Geltungsbereich festzusetzen (Werkstatttarif oder für eine Zahlstelle oder für größere Gebiete).

Der Bildung von größeren Lohnbezirken haben wir bisher leider nicht das geringste Interesse entgegengebracht. Solche Lohngebiete haben wir nur im schlesischen Sandsteingebiet, im Elbtale sowie im Fichtelgebirge. Im Deistergebirge, in der Pfalz, in den Vogesen, im Schwarzwald, im Odenwald, im gesamten Maingebiet sind solche Lohnbezirke, wo die Steinindustrie so stark vertreten ist, wenn auch nicht gerade mit Leichtigkeit, aber doch immerhin zu schaffen.

In anderen Verufen hat z. B. Gültigkeit: der Tarif für das Berliner Baugewerbe in 62 Orten, Frankfurt (Main) Baugewerbe 9 Orten, Leipzig für Zimmerleute 19 Orten, Tharandt für die Zimmerleute 61 Orten.

Bis im Bunszlauer Gebiet bei den dortigen Steinarbeitern ein Tarif für den ganzen Distrikt geschaffen werden konnte, vergingen 10 Jahre. Jeder Ort hatte zuvor seinen separaten Tarif. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie sich die Unternehmer gegen die Schaffung eines Lohnbezirkes sträubten, ein oder zwei Firmen tanzen heute noch aus der Reihe.

3. Die wichtigste Bestimmung bezieht sich auf das Arbeitsverhältnis.

Hier kommen die generellen Lohnfixierungen für unsere Grund- und Nebenpositionen in Frage.

In diesem Punkt hapert es in den meisten Tarifen, soweit ich mir ein Urteil darüber gebildet habe. Der Zentralvorstand muß hier Abhilfe schaffen. Deshalb ist der Antrag Regensburg Nr. 61, welcher besagt, für jede Branche einen einheitlichen Tarif aufzustellen, sehr empfehlenswert.

Unsere Tarife verteilen sich auf folgende Gauen: Gau I: Tarif 6, Gau IX: Tarif 9, Gau II: 14, Gau X: 9, Gau III: 13, Gau XI: 9, Gau IV: 17, Gau XII: 3, Gau V: 13, Gau XIII: 4, Gau VI: 12, Gau XIV: 3, Gau VII: 7, Gau XV: 7, Gau VIII: 4

Im Süden also wenig Tarife, die bestehenden sind dabei noch recht mangelhaft.

Der Zentralvorstand hat Ihnen kürzlich ein Zirkular übermittelt, welches auf die ungenügend ausgearbeiteten Tarife hinweist. Damit ist aber unseren Kollegen noch nicht viel gebient, denn es kommt meist auch noch die technische Ausgestaltung in Frage, und die ist sehr kompliziert. Ueber den Münchner Tarif, der sehr detaillierte zeichnerische Darstellungen enthält, dachten die Unternehmer, diesen hätte ein Architekt fertiggestellt, sie glauben nicht, daß das die fleißige Arbeit einiger Münchner Kollegen war. In den meisten Orten haben wir diese tüchtigen Kollegen nicht, deshalb ist in der Leitung ein einheitlicher Tarif auszuarbeiten. Vorbildlich für viele Zahlstellen bei der Tarifausstellung war der Dresdener.

Sehr beachtenswert ist auch die Bildung von Schiedsgerichten bei Tarifstreitigkeiten. Wir tappen hier völlig noch im Dunkeln. Nur den Dresdener Kollegen dürften einige Erfahrungen zur Seite stehen und Kollege Steglich hat in Nummer 11 des Steinarbeiters d. J. hierzu einen sehr informierenden Artikel geschrieben. Schiedsgerichte sind unter allen Umständen zu bilden, wenn nicht der Vulkan bei Zeit und Gelegenheit an allen Ecken und Enden zum Ausbruch kommen soll. Allgemein wird man solchen Institutionen ziemlich skeptisch gegenüberstehen; wollen wir größere Lohnbezirke, dann müssen wir solche Einrichtungen mit in den Kauf nehmen. Jetzt wo die Tarife an einem Orte bloß mit zwei bis drei Unternehmern abgeschlossen sind, kommen Schiedsgerichte nicht in Frage, denn der beflagte Unternehmer kann doch nicht Richter in eigener Sache sein.

Anzustreben ist, daß die Tarife in den Monaten Mai bis September ablaufen. Unser Verufe hat sehr mit den Witterungsverhältnissen zu rechnen und so lehrt die Erfahrung, daß im Herbst und Winter unsere Lohnbewegungen meistens ungünstig verlaufen, währenddem in der übrigen Zeit wir diejenigen sind, die beinahe immer günstig abschneiden. Unsere erfolgreichen Kämpfe können wir nur in den letzten genannten Monaten führen, im Winter stehen wir nicht mehr im Angriff, sondern in der Verteidigung. Eins ist weiter sehr beachtenswert. Gerade unsere Unternehmer begehen Tarifbruch vom Tarifbruch. Ich verweise bloß darauf, daß es Sitte geworden ist, die Architektur so zu gestalten, um möglichst die für die Arbeiter günstigen Positionen herumzukommen. Von der weiteren niederträchtigen Handlungsweise vieler Unternehmer, die systematisch unter Tarif bezahlen, also der Tarifbruch gang und gäbe ist, will ich gar nicht erst reden, Sie, die in der Praxis stehen, wissen das am besten.

Aber gerade deshalb, weil unsere Leute bei guter Konjunktur ein Auge zudrücken bei der Berechnung, daher kommt es, daß den Unternehmern Vorlauf geleistet wird, insbesondere tritt im Winter dieses groß hervor, unter Tarif zu bezahlen.

In der letzten Zeit bemerkten wir sehr oft, daß unsere Kollegen, besonders in neuen Zahlstellen, nach Tarifen lechzen. Sie sehen Arzthi und Plethi in Bewegung, um nur etliche Paragrafen mit den Unternehmern abzuschließen. Das kann nicht gutgehen werden, die Kollegen sind sich der Tragweite ihres Abschlusses im Augenblick nicht recht bewußt und sie haben sich dann so eine völlig ungenügende Vereinbarung auf den Rücken geladen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf die in Nr. 17 des Steinarbeiters erfolgte Ausschreibung der vom Verbandstage in Nürnberg beschlossenen Anstellung von fünf besoldeten Gauleitern und eines Sekretärs, waren 34 Bewerbungen eingegangen, davon bemerkten sich 13 als Gauleiter, 16 als Sekretär und 5 Kollegen hatten Arbeiten für beides eingekandt. Das die Personenfrage in unserm Verbandsverbande gar nicht in Frage kommt, beweist nicht nur die große Zahl der Bewerbungen, sondern auch die gestellten Themen waren teilweise glänzend behandelt. — In der gemeinschaftlichen Sitzung des Zentralvorstandes mit dem Verbandsausschuß gingen folgende Kollegen aus der engeren Wahl hervor, als Gauleiter:

- Julius Zahn für den 3. Gau, Vorort Dresden.
Paul Biewig " " 6. " " Hannover.
Adolf Herrmann " " 8. " " Köln.
Ignaz Kraft " " 10. " " Mannheim.
Hugo Braun " " 11. " " Straßburg.

Als Sekretär wurde Hugo Walther-Berlin gewählt.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei allen Anträgen auf Gewährung von Rechtsschutz, Maßregelungsunterstützung, Umzugskosten usw. die Bücher der betreffenden Mitglieder mit einzusenden. Wo dieses nicht erfolgt, werden die Anträge nicht berücksichtigt. Des ferneren müssen diese Anträge von den Kollegen der Ortsverwaltung unterschrieben sein.

Cravinkel. Am 9. Mai tagte in Gossel eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung, welche von den Cravinkler Kollegen vollzählig besucht war. Als Referent war Gauleiter Wagner aus Erfurt erschienen. Zunächst führte er aus, wie notwendig es sei, daß sich die uns noch fernstehenden Kollegen organisieren müssen. Da unser Agitationswesen sehr erschwert wird durch die Maurer, die in unserm Verufe tätig sind und teilweise dem Maurerverbande angehören, teilweise nicht organisiert sind, mußte eine Aussprache über diesen Punkt stattfinden. Wagner verwies die Kollegen auf die Resolution, welche von der General-Kommission angenommen wurde. Es heißt darin: Wenn ein Kollege länger als sechs Wochen einem Verufe angehört, so hat er auch selbständig in Organisationsverhältnissen anzugehören. Auch würde dadurch an Agitation mehr getan werden können, wenn die schon längere Jahre dem Maurerverbande angehörenden Kollegen zu unserm Verbandsverbande übertreten würden. Wagner ermahnte die Kollegen von Cravinkel, sachlich und ruhig in ihrer Lohnbewegung vorzugehen; die Forderungen sind bereits eingereicht, und wird auch von seiten des Geschäftes Antwort erfolgen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute hier tagende Versammlung der in Gossel und Cravinkel beschäftigten Steinarbeiter sind gewillt, dahin zu arbeiten, daß die bestehenden Organisationsverhältnisse geregelt, die uns noch fernstehenden Kollegen zur Organisation herangezogen und schließlich die hier bestehenden ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden.“

Dortmund. Eine gut besuchte Versammlung tagte hier am 19. Mai. Die Streikkommission gab einen eingehenden Bericht. Die Situation liegt für uns günstig. Die Meister Müller und Unger wollen den Minimallohn zahlen, jedoch den im Tarif vorgesehenen Zuschlag von 25 Prozent Zuschlag bei Ueberstunden nicht anerkennen, ebensowenig den 10 prozentigen Zuschlag bei Akkord. Vier andre Firmen sind bereit, den Lohn zu zahlen, nur etwas Positives durch Unterschrift zu beglaubigen, fällt denselben nicht ein. Die Anerkennung der Organisation wird wohl das einzige sein, was uns den Kampf schwer macht. Es entspann sich nach der Berichterstattung eine lebhafteste Diskussion, und wurde beschlossen, keinen Deut vom Tarif, wie er mit Kollegen Siebold vereinbart resp. reduziert wurde, abzugeben. Vor einigen Tagen verfuhr schon der Direktor der Westdeutschen Marmor- und Granitwerke durch telephonische sowie briefliche Mitteilung um eine Unterredung mit nachstehendem Verlauf: Der Vertreter der Westdeutschen Marmor- und Granitwerke verlangte, jeder solle einzeln um Arbeit zusprechen und er würde die ihm passenden Arbeiter selbst ausfinden, denn er könne nur ein Drittel der beschäftigt Gewesenen wieder einstellen. (Wange machen lassen, zieht nicht!) Auf eine weitere Verhandlung mit unser Kommission erklärte Direktor Grundlach nicht mehr eingehen zu können, und wenn der Streik noch ein halbes Jahr dauerte. Des weiteren machte Herr Grundlach unserm Vorsitzenden, welchen er telephonisch zu sich beschiedene hatte, Vorwürfe, daß derselbe während der Arbeitszeit Propaganda für den Verband gemacht hätte, wo er doch für diese Zeit bezahlt worden wäre. Diese Anschauung trifft nicht im geringsten zu. Die Kollegen sind hier gesonnen, mit aller Energie den Kampf durchzuführen. Alles muß darangesetzt werden, um die hier herrschenden mißlichen Verhältnisse zu bessern.

Erfurt. Am 9. Mai fand eine Mitgliederversammlung statt, welche sich zunächst mit der Aufnahme neuer Mitglieder beschäftigte; es meldete sich ein Steinmetz, welcher zurzeit in einer Kunststeinfabrik arbeitet, da aber derselbe schon mehrere Male bei uns aufgenommen wurde und jedesmal uns den Rücken fehrte, ohne sich abzumelden, stellte ihm die Versammlung anheim, ihn nicht eher aufzunehmen, bis er die Wochen vom vorigen Jahr bis jetzt, wo ihm nachgewiesen werden kann, daß er als Steinmetz gearbeitet hat, nachbezahlt. Im weiteren wurde die Festlegung unserer Wochenbeiträge vorgenommen; zu diesem sprach Wagner in ausführlicher Weise und führte den Anwesenden vor, daß wir vor allem darauf bedacht sein müssen, unsern örtlichen Fonds zu stärken; denn gerade bei plötzlichen Aussperrungen oder dergl. Maßnahmen wäre es doch sehr gut, wenn ein enormer Ortsfonds vorhanden sei. Redner stellt fest, was die Zahlstelle Erfurt seit drei Jahren, seitdem unsere Verbandsform besteht, alles geleistet hat. Daß Kollege Wagner jedem vom Herzen gesprochen hatte, bewies sich dadurch, daß zwei Anträge gestellt wurden, den Beitrag von 55 auf 65 Pfg. pro Woche zu erhöhen; ein weiterer Antrag besagte, den Wochenbeitrag auf 70 Pfg. festzusetzen. Letzterer Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Beitragserhöhung tritt sofort in Kraft. Im Verschiedenen wurde beschlossen, ein Sommervergütungen zu veranlassen. Weiter ermahnte Kollege Koch die Anwesenden, mehr Agitation mit unser Parteipresse und dem Sozialdemokratischen Verein zu treiben, denn gerade das Schredensurteil, welches über den Redakteur der Tribüne gefällt wurde, müsse uns alle anfeuern, neue Abonnetten für unsere Parteizeitung und neue Mitglieder für die Partei zu werben. Weiter stellt Redner fest, daß auch wir Steinarbeiter seit dem 21. Januar um 60 Prozent im Sozialdemokratischen Verein zugenommen haben, ebenfalls auch eine ganz bedeutende Zahl Abonnetten der Presse zugeführt haben. Hierauf ließen sich 6 Kollegen in den Sozialdemokratischen Verein aufnehmen und 8 Kollegen abonnierten auf die Tribüne; dann folgte Schluß der gutbesuchten, sehr ruhig verlaufenen Versammlung. (Kollegen allerorts, beherzigt diese Beschlüsse! Red.)

Heppenheim. Am 19. Mai fand hier im Gasthaus zum Vindensstein eine gubebuchte Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Nichterhaltung des Tarifs bei der Firma Beonhold, Müth u. Co. Diese Firma weigerte sich, für die unteren Seiten, ob Fugen oder abgepökt, etwas zahlen zu wollen, obchon das mit vereinbart ist. Auch für die Köpfe an freitragenden Stufen will die Firma bloß ein Viertel der Länge des Kopfes messen, wo doch auch die Hälfte vereinbart ist. Alle Vorstellungen der Lohnkommission bei der Firma scheiterten. Sie erklärte einfach, wir bezahlen nichts dafür. Auf Anregung des Gauleiters sagte die Versammlung den Beschluß, daß im Laufe dieser Woche Redakteur Staudinger mit der Kommission bei der Firma vorstellig werden solle. Die Firma bringt es einfach nicht über sich, Werkstücke, die nach Tarif jetzt mehr kosten als früher, nach Tarif zu bezahlen. Kosten die Stücke aber jetzt weniger als früher, hält sich die Firma ganz genau an den Tarif. Würden alle Stücke richtig nach Tarif bezahlt, dann wären die Kollegen auch zufrieden. Hier muß nun eine Aenderung eintreten, sonst wäre unsere ganze Arbeit bisher umsonst gewesen. Nach weiterer Diskussion wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Karlruhe. Die hiesigen Steinbauer der Firma Göffel haben derselben am 30. April d. J. einen Tarif unterbreitet, der endlich einmal mit dem wilden Affordsystem aufräumen sollte. Schon dreimal wurden Unterhandlungen gepflogen — bei zweien war der Gauleiter Kraft anwesend —, ohne etwas Positives zu erreichen. Bei der zweiten Sitzung, die am Montag, den 14. Mai, stattfand, teilte Göffel seinem Vertreter telephonisch mit, er wolle selbst bei der Unterhandlung zugegen sein. Auf dieses hin wurde die dritte Sitzung auf den 15. Mai anberaumt; doch jetzt blieb Herr Göffel auch aus und ließ durch seinen Vertreter mitteilen, er, Göffel, wolle erst nach Mannheim, um sich dort zu informieren, dann wolle er in acht Tagen wieder verhandeln. Auf dieses hin wurde eine Versammlung einberufen und einstimmig der Beschluß gefaßt, am 16. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, um so die Veranschlagungstatistik des Herrn Göffel zu durchkreuzen. Sich zu informieren, dazu war ihm Zeit genug gelassen, wenn es nicht am guten Willen fehlte. Mögen die Kollegen dieses be-

achten und Karlsruhe so lange meiden, bis die Differenzen beigelegt sind.

Ritzberg (Sachsen). Die am 19. Mai tagende Versammlung war gut besucht. Kollege Staudinger sprach über das Thema: die Klassenkämpfe der deutschen Arbeiter. In seinen weiteren Ausführungen streifte er auch die Verhandlungen des Verbandstages in Nürnberg. Nicht rege gestaltete sich die Diskussion, insbesondere über die Kranzengzuschüsse. Mehrere Redner erklärten, nach den gehörten Ausführungen des Referenten seien sie über diese Neuerrichtung anderer Meinung. Allerdings, wenn bei den Delegiertenwahlen, dann in den Versammlungen sowie in einigen Zeitungsartikeln gesagt wird, ihr Granitarbeiter habe keine Vorteile von der Kranzengzuschüsse, so ist es erklärlich, wenn sich eine neugegründete Zeitschrift ein objektives Bild über den Stand der Dinge mache. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß in unserer Zeitschrift die Opposition gegen die Kranzengzuschüsse nur deshalb einsetzte, weil diese große Erfolge durch Lohnerhöhungen sofort sehen wollen, aber keine Beiträge zu bezahlgeneigt sind.

Abbau. Am Mittwoch, den 9. Mai, fand in der Tonhalle eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zudem doch eine Anzahl Schleifer auch zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß es ohne Verband nicht mehr weitergehen kann, aber doch die Beitragsklasse I den Lohnverhältnissen nach zu hoch ist, ist die örtliche Verwaltung beauftragt, eine zweite Sektion zu errichten, in welcher die Schleifer, bis sich bei ihnen die Lohnverhältnisse bessern, eingereiht werden. Nachdem der Verbandstagsbeschluss eine Beitragsänderung durch die Kranzengzuschüsse mit sich brachte, sind auch wir gezwungen, eine Beitragsregulierung vorzunehmen und wurde die bisher bestandene prozentuale Steuerung aus gewissen Gründen aufgehoben und die Erhebung einheitlicher Beiträge beschlossen. In Punkt Gewerkschaftliches wurden über verschiedene Firmen bittere Klagen laut, indem diese unsern örtlichen Lohnarif und die Bundesratsverordnung ganz außer Acht lassen. Bei Punkt Agitation wurde von allen Rednern anerkannt, daß eine intensiver Agitation betrieben werden muß, indem noch ein großes Feld zu bearbeiten ist, um die dem Verbands noch fernstehenden zu gewinnen. Auch wurde scharf gerügt, daß es organisierte Kollegen gibt, welche es nicht für nötig halten, in die Versammlungen zu gehen, wo doch nur die Mißstände besprochen und durch Einigkeit beseitigt werden können. Mit einem Appell an die neu eingetretenen Kollegen, für die Interessen des Verbandes zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Neundorf. Am 13. Mai tagte in Richters Gasthof in Neundorf eine gemeinschaftliche Versammlung der Steinmetzen von Pirna und Neundorf, die sich mit der Kündigung des Tarifs beschäftigte. Von allen Kollegen, die dazu sprachen, wurde hervorgehoben, daß das Vorgehen der Arbeitgeber in der letzten Zeit eine Tarifkündigung rechtfertigt und man der Einführung des Tagelohnsystems alle Kräfte zu widmen habe, weil dies die beste Waffe sei, den Arbeitgebern willkürliche Tarifreduzierungen illusorisch zu machen. Einstimmig wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen. Im Gewerkschaftlichen wurden die Resultate der Erhebungen der Kommission, welche eine Verschmelzung der Zeitschriften Pirna-Neundorf perfekt machen sollen, bekannt gegeben.

Ströbel. Am Sonntag, den 13. Mai, fand in Schweidnitz im Berggarten eine Mitgliederversammlung der organisierten Steinarbeiter von Ströbel und Umgegend statt. Kollege Bohse-Wunzau hatte das Referat übernommen. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrag führte er den Kollegen die Entstehung und Entwicklung der Organisationen vor Augen. Er legte der Versammlung klar, wie die heutige kapitalistische Gesellschaft die Arbeiter ausbeute. Er streifte die neue Steuererhebung, welche selbstverständlich nur zum größten Teile die arbeitenden Klassen zu tragen haben, um die neuen Ausgaben für die Marinevorsorge zu decken. Er sprach ferner über unsere Arbeiterzuschüsse. Darauf erstattete Bohse den Bericht vom Verbandstage. Er sprach hauptsächlich über die Einführung der zentralisierten Kranzengzuschüsse. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden. In Verschiedenem kam die Entlassung zweier Kollegen bei der Firma Krause zur Sprache. Aus der Mitte der Versammlung fand dieserhalb folgende Resolution einstimmig Annahme: Die Entlassung der beiden Kollegen bei der Firma Krause betrachtet die Versammlung als eine Maßregelung und verlangt unbedingt die Wiedereinstellung derselben. Sollte die Firma sich weigern, die Einstellung der Kollegen zu bewirken, werden wir uns weitere Schritte für die Zukunft vorbehalten. Betreffs der Lokalfrage in Ströbel sprach Genosse Koch-Schweidnitz den Wunsch aus, nur noch fester wie bisher den Boykott über das Krügelische Lokal zur Durchführung zu bringen, damit wir endlich den Sieg davontragen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Zu dem Artikel: Aus dem Reiche des Herrn Klein, in Nr. 9 dieser Zeitschrift vom 4. März 1905.

Erklärung. In der Privatklagesache des Direktors der Granitwerke „Steinerne Renne“ A.-G., Moritz Klein in Casserode a. S. erklärt der Unterzeichnete, daß er die in dem Artikel des Steinarbeiters vom 4. März 1905 enthaltenen Behauptungen nicht aufrecht erhalten kann und will, da dieselben durch die inzwischen vernommenen Zeugen nicht bestätigt worden sind. Er nimmt daher die in dem erwähnten Artikel enthaltenen Beleidigungen gegen den Privatkläger mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, zahlt eine Buße von 100 Mk. und trägt sämtliche Kosten.

Leipzig, den 16. Mai 1906.
Moiß Staudinger, Redakteur d. Steinarbeiters.

Rundschau.

Folgen des Zollwunders. Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel sind im Monat April 1906 im Vergleich zum März dieses Jahres, soweit das Getreide in Betracht kommt, erheblich gestiegen. Die agrarischen Neigungen fröhen die amtliche statistische Korrespondenz nennt das bezeichnenderweise „nennenswerte Aufbesserungen“. 1000 Kilogramm Weizen kosteten nämlich im April 173 (im März 1906 169), Roggen 157 (156), Gerste 153 (152), Hafer 162 (157) Mk.; ferner kosteten 1000 Kilogramm Erbsen 238 (236), Speisebohnen 340 (340), Linsen 510 (510), Kartoffeln 46,9 (47,8), Rindfleisch 51,3 (50,3), Schweinefleisch 58,6 (57,9), Rindfleisch im Großhandel 1202 (1201). Im Kleinhandel stellte sich der Durchschnittspreis für ein Kilogramm Rindfleisch von der Keule auf 157 (157), vom Bauch 134 (134), Schweinefleisch 172 (173), Kalbfleisch 164 (162), Hammelfleisch 156 (155), inländischer geräucherter Speck 190 (189), Eibutter 248 (245), Schweineschmalz 181 (183), Weizenmehl 31 (31),

Roggenmehl 27 (27) Pfg. Daraus geht hervor, daß im April die Fleischnot nicht nur nicht gesunken, sondern sogar vielfach noch gestiegen ist. Will der Arbeiter, um seine Kräfte instand zu halten, eine kleine Lohnaufbesserung erzielen, so wird dies Streben durch Streifbrotimport unter Schutzmannsbegleitung zunichte gemacht. Die Lebensmittelsteuer aber artet unter dem Schutz des Staates zum Wucher aus.

Dem Verbands deutscher Steinmetzgeschäfte sind beigetreten: Müller u. Unger in Dortmund, H. Kreuzberg in Dortmund, Th. Dumann in Dortmund, W. Kulenberg in Dortmund, G. Lunemann in Dortmund, W. Bente in Hamburg-Ohlsdorf, R. Dumon in Hamburg-Ohlsdorf, L. Bastians in Hamburg-Ohlsdorf, A. Hoffmann in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 107, A. Banny in Berlin, Sildende, A. Hinge in Berlin, Prenzlauer Allee 249, J. Adam in Berlin, Königsberger Str. 18, E. Berg in Berlin, Seefstraße 98.

Partei und Gewerkschaft sind eins. In Nr. 12 der Westdeutschen Arbeiterzeitung lesen wir:

„Die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften sollen sich unterstützen, sich gegenseitig ergänzen. Das kann aber nur geschehen, wenn im Arbeiterverein die Mitglieder über die Notwendigkeit und Berechtigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufgeklärt werden und wenn andererseits die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder ermahnen, den konfessionellen Arbeitervereinen beizutreten.“

Trotz alledem bleibt man auf christlicher Seite politisch-neutral!

Warum müssen die christlichen Arbeiter sich organisieren? Die Antwort auf diese Frage gibt Herr Dr. Pieper, Generalsekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland. Nach der Kölnischen Volkszeitung hat dieser Herr folgendes ausgeführt:

Droht Gefahr, daß die an einem Orte eifrig agitierenden Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter ihren Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Geistliche als Seelsorger verpflichtet, auch durch eigenes Eingreifen die katholischen Arbeiter durch Zusammenschluß in einer christlichen Gewerkschaft vor der sozialdemokratischen Gefahr zu schützen. Dieser Gefahr könnte und sollte aber der Klerus heute dadurch vorbeugen, daß er nicht erst dann für die Organisation der katholischen Arbeiter in christlichen Gewerkschaften besorgt ist, wenn der Einbruch der sozialdemokratischen Gewerkschaften unmittelbar bevorsteht.

Also: Nicht weil es an sich des Arbeiters Pflicht ist, dem Kapital gegenüber gewappnet zu sein, sondern der sozialdemokratischen „Gefahr“ wegen muß der katholische Arbeiter sich organisieren. Soffentlich dauert es nicht allzu lange, bis der katholische Proletarier seine Führer im Zentrum richtig einschätzen lernt.

Der Unternehmerterror. Daß die Unternehmerverbände alles brutal niedertampeln, was sich ihnen im Kampfe gegen die Arbeiter nicht anstellt, ist schon tausendfach gezeigt worden. Einige neue sehr drastische Fälle liegen jetzt in Hamburg vor, wo die Unternehmer frisch, fromm, fröhlich eine Verurteilung gegen widerstrebende Kollegen beschlossen haben. Ueber einen Gipsereibesitzer heißt es im Fremdenblatt: „Der Vertreter der Bauhütte, Herr Sörensen, ersuchte hierauf, ihm resp. der Bauhütte die Namen der Bildhauermeister und der Maurermeister, auf deren Bauten Gips und Stukkaturen unter bewilligten Bedingungen arbeiten, mitzuteilen. Sobald dies geschehen, werde die Bauhütte gegen die betreffenden Meister vorgehen und sie veranlassen, daß sie die Bewilligung zurückziehen, oder sie würden gemahregelt werden.“

Weiter teilt unser dortiges Parteiorgan noch folgenden Fall mit:

„In einer Versammlung der Tischlerinnung wurde von Herrn Bannier offen gedroht, daß man diejenigen Meister, die ausgeperrte Gesellen beschäftigten, nach auf andere Weise treffen würde, was man aber nicht näher öffentlich mitteilen könne.“

Also auch hier eine dreiste öffentliche Bedrohung und Verurteilung.

Das preussische Kammergericht hat Arbeiter, die sich weigerten, mit einem Mitgliede eines christlichen Verbandes zusammenzuarbeiten, der Verurteilung schuldig befunden.

Litterarisches.

Die täglichen Erfahrungen bestätigen immer wieder aufs neue, wie wenig die Kenntnis des Arbeiterrechts verbreitet ist. Darum ist es zu begrüßen, wenn erneut der Versuch gemacht wird, die Vertiefung der Rechtskenntnis zu fördern. Diesem Zwecke dient das vom Genossen Lipinski vollständig neu bearbeitete Heftchen: Merkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis, Preis 10 Pfg., Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Neudrucker Straße 11. Hier wird die Aufgabe glücklich gelöst und in knappen aber erschöpfenden Sätzen das Arbeiterrecht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, der Gewerbeordnung und den Nebengesetzen dargelegt, sowie das Klageverfahren vor den Gewerbegerichten erläutert. Die Anschaffung sei darum allen Interessenten angelegentlichst empfohlen, namentlich seien die Gewerkschaften besonders auf das handliche Heftchen aufmerksam gemacht, das sich wegen seines niedrigen Parteibezugspreises vorzüglich zur Gratisverteilung an die Mitglieder eignet. Der Parteepreis außer Porto beträgt bei 100 Expl. 5 Mk., bei 1000 Expl. 45 Mk.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Berlin-Brandis. Laut Versammlungsbeschluss wurden folgende Kollegen, die Arbeitswilligendienste leisten, aus dem Verband ausgeschlossen: Otto Günther (Verb.-Nr. 8897), Gustav Schimpke (8898), Johann Doppel (8877), Luigi Bitetti (49118), Johann Schwäger (8412), Guseffi Giuseppe (49282), Guseffi Giobato (49280), Durigon Giuseppe (49212).

Hersford (Westfalen). Der Steinmetz Karl Labewig aus Fürstenwalde wird als Zeuge sofort gesucht. Um Angabe seiner Adresse ersucht sofort Hugo Rehnert, Steinmetz, Hersford.

Frankfurt a. M. Betreffs des Arbeitsnachweises mache ich allen Kollegen bekannt, bevor sie nach Frankfurt fahren, sich erst brieflich an mich zu wenden. Arbeit ist nur unter folgenden Bedingungen anzunehmen: Einhaltung der 9 stündigen Arbeitszeit und 65 Pfg. Stundenlohn. Auf Kost- und Logiswesen gehen wir überhaupt nicht ein.

Herrn Dippel, Vorsitzender, Augsburger Str. 36, pt.

Berlin II. Der nächste Jahrlag findet am Sonnabend, den 2. Juni, abends von 6 Uhr ab, bei Glaue, Krausenstr. 18, statt; der dann nächstfolgende am zweiten Sonntag nach Pfingsten. Von da ab wieder regelmäßig alle 14 Tage (Sonntags) von 8-11 Uhr vormittags. Der Vorstand. J. A.: Willi Domann.

Adressen-Änderungen.

Leipzig. Vorsitzender: Hans Schwabe, Schillich bei Danks, Karthäuser Str. 110, I.
Partersbosen. Kassierer: Andreas Reingruber, Rothenburg a. d. Tauber, Schütt 924. Die Reisunterstützung wird dort nach 6 Uhr abends ausgezahlt.
Rostock Metten. Vorsitzender: Mathias Böttl. Kassierer: Joseph Stettmeier.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. Mai 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gelegbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbfischen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)

Hirschberg, B. 2.90; Hochstätten, B. 64.—, E. 4.—, D. 9.25, Z. 13.—; Seigenbrüden, B. 41.25, E. 4.—; Kirchheim, D. 10.—, Z. 50.—; Neundorf I, B. 172.16; Kaufmholz, B. 120.—; Schmaltdalen, D. 5.—, Z. 5.—; Zellerfeld, B. 16.—, E. 4.—; Weissenstadt, B. 84.—, D. 6.25, Z. 1.50; Seib, B. 160.—, E. 5.—; Rütten, B. 10.80, D. 0.75, Z. 2.50; Wurzen, B. 210.—; Rostock, B. 160.—; Obernheim, B. 60.—; Metten, B. 100.—; Heibelberg, B. 32.—, St. 0.75; Kaiserhammer, E. 5.—; Halle, B. 64.—; Gohmannsdorf, B. 72.—, E. 1.—, D. 6.50, Z. 7.—; Eisenbach-Obernburg, B. 16.80; Bremen I, B. 12.—; Anblau, B. 8.—, E. 0.50, D. 4.75, Z. 3.—; Stade, B. 4.60; Varmen, B. 9.—; Merseburg, B. 7.15; Ronitz, B. 4.95; Neuenstein, B. 19.60, E. 2.50, Br. 1.—, G. 1.60, F. 0.50; Schleswig, B. 12.—; Böhsned (Weth), B. 90.—; Seft, B. 8.45; Pienburg, B. 4.80, D. 0.50; Rößjün, B. 28.—, D. 2.50, Ab. 0.60; Mittelsteine, B. 19.20; Neustadt a. S., B. 112.—, E. 5.50, D. 14.25, Z. 5.—; Ohlsdorf, B. 6.72; Ottenhöfen, B. 2.40; Posta, B. 560.—, D. 12.50; Roth a. S., H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, G. 1.60, F. 0.50; Wiesbaden, B. 128.—, E. 5.—, Ers. 0.25, D. 20.—, Z. 42.50; Leipzig I, B. 560.—; Ludwigschafen I, B. 56.—; Marburg, B. 32.—; Nördlingen, B. 48.—, E. 1.—, D. 6.50, Z. 4.50; Ober-Dorla, B. 59.28, E. 1.50, D. 9.75, Z. 1.50, F. 0.50; Rehau, B. 85.84, E. 0.50, Ins. 1.50; Stuttgart I, B. 166.80; Weibing, B. 3.15, E. 4.50; Höchst a. M., B. 32.—; Brandenburg, B. 96.—; Augsburg, B. 56.—, Z. 10.—; Burtshude, B. 2.40; Melbort, B. 4.50; Schanbau, B. 6.80, D. 0.25, Z. 0.50; Dillisch, B. 2.15; Böhsned (Wagner), Ab. 0.60; Sangerhausen, B. 5.—; Hofstet, B. 8.—; Swinemünde, B. 2.80; Rowawes, B. 3.20; Dortmund, B. 96.—; Duisburg, B. 32.—; Gieben, D. 0.75, H. 2.50, St. 1.50, B. 1.—, F. 0.50; Hannover, B. 79.20, E. 7.50; Rißberg, B. 24.—, D. 3.—; Ludwigschafen II, B. 64.—; Odenbach, B. 35.76, D. 0.25; Rothenburg a. T., Z. 24.—; Emmendingen, B. 64.—, D. 1.25, Z. 10.—, St. 3.—; Offenbura, B. 84.—, E. 1.—, D. 6.—; Dillisch 5.10; Adim, B. 2.10; Lorgau, B. 9.25.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Mühlhausen. Die mitgeteilte Submissionsblüte sagt ja nicht, um welche Arbeiten es sich handelt. — Schwarzwald. Kann die Sache leider nicht mehr beantworten, denn der Staatsanwalt wünscht, daß ich unverzüglich den „Urlaub“ antrete. — Ströbel. Mit der Veröffentlichung warten wir aus tatsächlichen Gründen noch etliche Wochen. — Wünnen. Wird später verwendet. Besten Gruß. — Adm. Solche Zusendungen sind auch für späterhin erwünscht. Die Arbeit ist gut. — Bremen, B., Steinbildhauer. Wird nicht veröffentlicht. Die Steinarbeiter haben genug vor ihrer eignen Tür zu kehren. — Wittweida. Bericht nicht aufgenommen, beide Seiten beschrieben. — S. Hamburg. War so nicht aufnahmefähig. Besten Gruß.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitswundernden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

1-2 tücht. Steinmetzen
auf Grabdenkmäler, welche auch Schrift hauen, stellt sofort ein (Winterarbeit)
August Grawe, Steinmetzmeister
Greifenberg (Pommern).

10 Pflaster- und Bordsteinhauer
finden lohnende und dauernde Arbeit bei
O. Petzold, Steinbruch
Gröna b. Bernburg.

Tüchtige Steinmetzen
werden noch angestellt.
Frz. Hub. Stang Witwe
Steinmetzgeschäft, Varmen.

Maschinen- sowie Handschleifer
werden bei hohem Afford für dauernde Arbeit gesucht. Lohnstarke stehen auf Wunsch gerne zur Verfügung.
Carl Heinig, Rostock i. M.

Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.

Max Geisler, wo bist Du?
Um Deine Adresse bittet Dein Freund Wilhelm Wolf, Steinmetz, Bunzlan, Görliger Straße 1.

Am 14. Mai starb unser Kollege
Ignaz Wenninger
im Alter von 24 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
1.35] **Zahlskelle Metten.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.